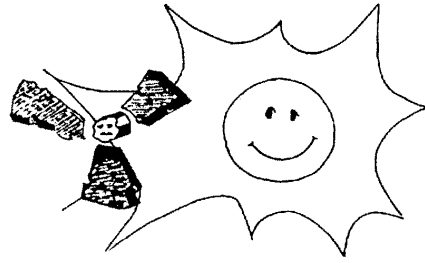


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

1/2021 April

Der Blackout – und die AKWs ...

Am 8. Jänner dieses Jahres ereignete sich ein Zwischenfall, von dem wir frühestens ein paar Stunden später aus den Medien erfahren haben: Um Haaresbreite sind wir an einem Blackout vorbeigeschrammt.

Ein Blackout hieße: in großen Gebieten kein Strom, stunden- und möglicherweise tagelang. Die Konsequenzen eines Zusammenbruchs der Stromversorgung sind dramatisch. Es geht nicht nur um fehlendes Licht; es geht um fehlende Heizung, Kochmöglichkeiten, kein Telefon, kein Internet, keine bargeldlose Zahlung, geschlossene Türen usw.

Das Szenario ist beunruhigend; an den drastischen Auswirkungen eines stunden- oder sogar tagelangen Stromausfalles wird unsere Abhängigkeit von dieser Energieform sehr deutlich. Der wichtigste Aspekt dieses Themas, das ja in der letzten Zeit sehr präsent war, findet sich aber nirgends in der Berichterstattung: **Was passiert in AKWs, wenn der Strom unangekündigt ausfällt?** Man möchte meinen, dass das kein Problem sein sollte, weil AKWs in diesem Fall kontrolliert heruntergefahren werden. So weit, so gut. **Aber AKWs brauchen IMMER Strom, und zwar für die Kühlung der Brennelemente. Die Kettenreaktion kann nicht so einfach gestoppt werden: Sie läuft weiter und erzeugt Wärme, die abgeleitet werden muss, weil sich sonst der Reaktor (und die Brennelemente in den Abklingbecken und lokalen Zwischenlagern) immer weiter aufheizt und im schlimmsten Fall zu einer Kernschmelze und einem Super-GAU führt wie zum Beispiel vor zehn Jahren in Fukushima.**

Ja, haben denn AKWs keine Notstrom-Dieselgeneratoren wie Spitäler, um die Kühlung auch im Fall eines Stromausfalles am Laufen zu halten? Doch doch, haben sie natürlich; nur im Fall von Fukushima waren sie im Erdgeschoß untergebracht, das bekanntlich überflutet wurde und sie dadurch unbrauchbar machte. Merke: Wenn man mit Stromausfall wegen großer Wassermassen rechnen muss, sollte man die Notfallsysteme in einer gewissen Höhe installieren, damit sie



Christine Beschauer / WPA

im Notfall auch funktionieren. Das heißt: Zusätzlich zur technischen Expertise sollten auch angewandter Hausverstand und generelle Umsicht kommen. Das mit den großen Wassermassen gilt übrigens auch für einige europäische AKWs, die unterhalb von Stauseen (als Kühlwasser-Reservoir) stehen: Sollte die Staumauer brechen (z.B. als Folge eines terroristischen Angriffs), so würde wie in Fukushima eine meterhohe Welle das AKW überfluten, und dann sind die Dieselgeneratoren **hoffentlich** hoch genug installiert. **Hoffentlich** gibt es auch ausreichend Diesel! **Hoffentlich** ist den Behörden in den AKW-betreibenden Ländern klar, dass bei einer allfälligen Dieselnknappheit durch einen Blackout die Notstromgeneratoren der AKWs unbedingte Priorität haben müssen. Vielleicht müssen sich sogar Spitäler hinten anstellen, um – im schlimmsten Fall – eine Kernschmelze und die drohende radioaktive Verseuchung ganzer Landstriche zu verhindern. **Hoffentlich** haben die AKWs ausreichend Diesel eingelagert, um eine Zeitlang auszukommen, **hoffentlich** ist der Diesel chemisch stabil und nicht eine Sorte Bio-Diesel, die sich nach einiger Zeit zersetzt! **Hoffentlich** werden diese Notfallsysteme auch regelmäßig überprüft, ob sie auch funktionieren (und zwar ALLE Komponenten dieser Systeme!)

Angesichts dieses Szenarios werden nicht funktionierende Bankomat-kassen das aller kleinste Übel sein ...

Quellen: <https://www.saurugg.net/2021/blog/stromversorgung/oesterreichische-stromversorgung-ist-sicher-wirklich>; 10. 3. 2021; <https://www.spektrum.de/news/stromversorgung-wie-verhindert-man-europaweite-blackouts/1828780>, 10. 3. 2021; „Die Presse“, 27. 1. u. 10. 2. 2021; Kurier, 20. 1. 2021

Kriminalfall Mochovce: Neue Fotos untermauern Betrugsverdacht

Sobald die slowakische Atomaufsichtsbehörde die Erlaubnis erteilt, kann der Reaktor 3 mit Kernbrennstoff bestückt und in Betrieb genommen werden. Das ist eine Katastrophe! Mochovce 3 darf nicht in Betrieb gehen, die Mängel und skandalösen Zustände rund um die Fertigstellung dieses unseligen Atomreaktors spotten jeder Beschreibung, eine Inbetriebnahme wäre kriminell fahrlässig!

Nun sind Fotos aufgetaucht, die eine Unzahl von Bohrlöchern in den hermetischen Kammern (das ist das System zur Ableitung von Druck im Falle eines

Unfalles; ist nur ein ungenügender Ersatz für ein Containment, Anm.) zeigen, die eindeutig nicht den Sicherheitsanforderungen entsprechen; die Behauptungen der Betreibergesellschaft, dass alle Sicherheitsprotokolle eingehalten worden seien, sind eindeutig falsch. **Kein Ingenieur kann derzeit sagen, wie diese unsachgemäß ausgeführten Bohrungen die Statik der Gebäude beeinträchtigt haben und ob die hermetischen Kammern einer Dampfexplosion (wie in Fukushima) standhalten würden.**

Fukushima: wieder Erdbeben – 10 Jahre nach dem Super-GAU

Als die Erde in der Nacht vom 13. auf den 14. 2. 2021 zu beben begann, fühlten sich viele Japaner an die Katastrophe erinnert, die vor 10 Jahren Japan und die gesamte Welt den Atem anhalten ließ. Das Erdbeben vor der Küste Fukushimas und Miyagis vor nunmehr fast zwei Monaten hatte eine Stärke von 7,3. Dabei sind 150 Menschen verletzt worden, an einigen Gebäuden gab es Schäden, die Strom- und Wasserversorgung für eine Million Haushalte fiel aus. Es war eines der stärksten Beben seit der Tsunamikatastro-

phe 2011, und nach Einschätzung der nationalen meteorologischen Behörde handelte es sich dabei um ein Nachbeben des schweren Seebebens der Stärke 9,0, das am 11. März 2011 in derselben Region den gewaltigen Tsunami ausgelöst hatte. **18 500 Menschen waren damals in den Tod gerissen worden, im Atomkraftwerk Fukushima kam es zum Super-GAU, bei dem eine ungeheure Menge Radioaktivität in den Boden, ins Grundwasser, ins Meer und in die Luft gelangte.**

Energiesparen!

Wir leben über unsere Verhältnisse. Wir verbrauchen zu viel Strom. Wir produzieren zu viel Müll. So weit, so bekannt. Tausendmal gehört und gelesen. Und? Was ist die Konsequenz? Glauben wir wirklich, mit energiesparenden Geräten wäre es getan und mit ein paar Pfand-Gebinden?

Wir glauben, dass es die politische Seite dieses Themas braucht. Wenn ein paar einzelne verantwortungsvolle Menschen schonend mit unserer Mitwelt (nicht: Umwelt!) umgehen, ist das gut und richtig, aber leider viel zu wenig, um den Schwenk in eine gute Richtung zu schaffen. Dafür braucht es Regelungen, politische Maßnahmen mit einer gesamtgesellschaftlichen Wirkung. **Dann werden keine Einweggebilde mehr hergestellt und keine billigen Flüge mehr angeboten, und dann haben auch die guten Gewohnheiten der vielen einzelnen Menschen ihre Wirkung.**

Wir möchten damit eine kleine Serie mit Energiespar-Tipps starten, und es ist uns wichtig, dass das keine fade, graue und moralinsaure Angelegenheit



Christine Beschauer / WPA

wird, sondern Freude macht, weil es frischen Wind in die eigene Lebensgestaltung bringt und das Leben klarer und reicher macht.

Schwindendes Bewusstsein bei der österreichischen Jugend

Wirft man einen Blick auf die Beurteilung der Atomenergie von jungen Menschen in Österreich, fällt auf, dass die große Mehrheit der ÖsterreicherInnen nach wie vor klar gegen die Atomkraftnutzung ist. Aber es

zeigt sich in einer Umfrage eine gefährliche Tendenz: In der jungen Generation stehen nicht wenige der Atomkraft offen bis positiv gegenüber. Aufklärung ist hier dringend geboten!

Die WPA geht auf die Straße — vor das Bundeskanzleramt und das Außenministerium

Anlässlich des heurigen 10. Jahrestages des Beginns der atomaren Katastrophe in Fukushima demonstrierten die AktivistInnen der Wiener Plattform Atomkraftfrei und ihre UnterstützerInnen vor dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium und mahn-ten unsere PolitikerInnen in einem offenen Brief, die im Regierungsprogramm festgeschriebene Antiatom-Politik umzusetzen: Die Inbetriebnahme von Mochovce 3 muss verhindert werden, die Änderung des Euratom-Vertrages ist längst überfällig: **Unsere Regierung ist aufgefordert, zu handeln! Die nächsten 6000 Generationen (!!!) werden mit unserem strahlenden Erbe belastet!**



Foto: Margit Quendler / WPA

Vor dem Bka stellte sich Umweltministerin Leonore Gewessler zu uns, der wir in vier Wochen 3000 Unterschriften zum Thema „Atomkraft ist kein Klimaretter“ überreichen werden.

Coronabedingt: WPA geht online: Runder Tisch mit Martin Litschauer

Am 25. 1. 2021 lud Martin Litschauer, Antiatom-Parlamentssprecher der Grünen, zu einem Runden Tisch ein. Insgesamt waren etwa 15 Aktivisten und Aktivistinnen am Bildschirm virtuell zu sehen und zu hören.

Diskussionsthemen waren unter anderem:

- **Die Änderung des Euratom-Vertrags:** Sie steht im Regierungsprogramm, die Regierung muss in die Pflicht genommen werden! Ein Ausstieg Österreichs würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an dem Einstimmigkeitsprinzip der Vertragsstaaten scheitern.
- **Problem EU-Beihilfenrecht:** Neue AKW-Bauten werden hauptsächlich mit staatlichen Beihilfen finanziert. Das ermöglicht leider das EU-Beihilfenrecht, es sollte geändert werden. (Die Österreichklage gegen das Finanzierungsmodell beim britischen Hinkley Point C ist leider gescheitert.)
- **Der Wasserverbrauch der AKWs ist nach der Landwirtschaft der zweithöchste!** Die AKWs der EU verdampfen pro Jahr die vierfache Wassermenge des Neusiedlersees. Außerdem werden die Flüsse durch das abgeleitete Kühlwasser erwärmt, was zur Verschlechterung der Wasserqualität führt. Der an sich strenge Rahmen der EU-Wasserschutzrichtlinie wird durch zahlreiche nationale Ausnahmegenehmigungen ausgehebelt.

Staaten einigen sich auf UVP-Pflicht für Laufzeitverlängerungen

Von den in Europa in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken erreichen 90% bis 2030 das Ende ihrer Ausleugungs-Betriebsdauer und sollten stillgelegt werden. In den meisten Staaten wollen die Betreibergesellschaften trotz dadurch steigender Unfallgefahr ihre alten AKWs am Netz belassen. Endlich, nach jahrelangen Verhandlungen, erzielte die Vertragsstaatenkonferenz zur Espoo-Konvention einen Durchbruch: Bei Laufzeitverlängerungen von AKWs ist eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Staaten haben die Auswirkungen des verlängerten Betriebes umfassend zu prüfen und die Öffent-

lichkeit auch in den Nachbarstaaten einzubinden. **Da Österreich aufgrund seiner zentralen Lage von Atomreaktor-Unfällen in allen europäischen Ländern betroffen sein kann, besteht hier bei uns ein besonderes Interesse an Mitsprache.** „Diese Einigung ist nicht nur aus Sicht der diplomatischen Zusammenarbeit, sondern insbesondere auch im Sinne von mehr Transparenz und Mitsprache ein Erfolg. Nur so können betroffene Staaten, Personen und NGOs effektiv eingebunden werden“, so Priska Lueger vom Ökobüro. Für Österreich werden diesbezüglich vor allem Mochovce 1 & 2 und Temelín von großem Interesse sein.

Jahresreport 2020

Unsere Kampagnen

- „Keine Steuergelder für Atomkraftwerke in der EU! Änderung des EURATOM-Vertrags JETZT!“
- „Kein Atommüll-Tiefenendlager in Tschechien!“
- „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen!“
- „NEIN zu AKW-Neubau in Paks/Ungarn!“
- „Nein zu AKW-Neubauten und Laufzeitverlängerungen in Dukovany/Tschechien und Krško/Slowenien!“
- „Nein zur Atomlüge! Atomkraft ist kein Klimaretter!“
- „Stopp AKW Mochovce 3 & 4/Slowakei!“
- „Uralreaktoren Bohunice 3 und 4/Slowakei abschalten!“

Unsere Protestkundgebungen

- 10. 3. Fukushima-Tag vor dem Bundeskanzleramt: „Atomkraft ist kein Klimaretter! Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen! Keine Laufzeitverlängerungen für AKWs“
- 24. 4. Tschernobyltag: pandemiebedingt abgesagt
- 24. 6. vor dem Bundeskanzleramt: „Wahnsinn beenden – AKW Mochovce 3 & 4 stoppen!“
- 6. 8. Hiroshima-Gedenktag; Infotisch am Stephansplatz
- 25. 9. Teilnahme am weltweiten Klimastreik (Fridays for Future)
- 26. 10. Nationalfeiertag am Michaelerplatz: „Atomkraft ist kein Klimaretter! Keine Steuergelder für Atomkraft in der EU!“

Unsere Projekte

- „Donauregion Atomkraftfrei“: Zusammenschluss von NGOs aus Donauraumstaaten
- Projekt „Länderübergreifende Kooperation Atomkraftfrei“: Politikergespräche auf Landesebene

Unsere Spendenaktionen

- Tschernobylkinder: Finanzierung von Medikamenten für Alisa Selezneva und Ermöglichung einer Chemotherapie für Vladimir Belyaev € 2.000.-
- „Leben mit Diabetes“ für Kinder und Jugendliche in Minsk € 2.000.-

Internationale Vernetzung

mit NGOs europaweit

Vernetzung mit unterstützenden Gruppen

österreichweit

Unterschriftensammlung

jeden Mittwoch von 11.30 – 15.30 Uhr in der Schottenpassage: war dieses Jahr pandemiebedingt größtenteils nicht möglich

Herausgabe der Zeitung

„Atomkraftfreie Zukunft“ viermal jährlich, heuer pandemiebedingt nur dreimal

Gewinnung von UnterstützerInnen

für unsere Kampagnen

Gespräche mit PolitikerInnen und deren BeamtInnen

- 14. 1. Tiroler Umweltlandesrätin Mag.^a Ingrid Felipe
- 16. 6. Steirische Umweltlandesrätin Mag.^a Ursula Lackner
- 14. 7. Bundeskanzleramt: MMag. Franz Wirtenberger, Mag. Norbert Feldhofer, Dr. Erik Tajalli
- 17. 7. Umweltministerium: DIⁱⁿ Irmtraud Salzer und Antonia Reininger LL.B, aus dem Kabinett Gewessler
- 21. 7. OÖ. Umweltlandesrat Stefan Kaineder
- 20. 8. Außenminister Mag. Alexander Schallenberg; Übergabe von 5.000 Unterschriften
- 17. 7. Umweltministerin Leonore Gewessler BA; Übergabe von 5.000 Unterschriften

Konferenzen und Tagungen

- 25. 1. Teilnahme an der Konferenz des Österreichischen Netzwerkes Atomkraftfrei (ÖNA) in Linz
- 7. 4. Interview mit Manfred Doppler für das Freie Radio Freistadt
- 6. 5. Interview mit Ulli Weish für Radio Orange
- 3. 6. Teilnahme am Webinar zum Thema "Impacts of Climate Change on Nuclear Safety and Supply Security" mit Mag.^a Gabriele Mraz vom Österreichischen Ökologie-Institut
- 18. 9. Teilnahme am Wiener Nuklearsymposium der Wiener Umwelthanwaltschaft und des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften der Universität für Bodenkultur Wien zum Thema „Endlager für radioaktiven Abfall in Europa und Österreich“
- 8. 10. Teilnahme am Webinar zum finnischen AKW Loviisa mit Mag.^a Gabriele Mraz vom Österreichischen Ökologie-Institut
- 13. 11. Teilnahme an der Online-Konferenz des Österreichischen Netzwerkes Atomkraftfrei (ÖNA)

Spendenaufwurf für Vladimir



Schon in der letzten Zeitung haben wir über den fünfjährigen Vladimir berichtet. Er wurde wegen lymphoblastischer Leukämie behandelt und braucht nach einem Rückfall im letzten Oktober dringend medizinische Hilfe.

Es gibt eine gute Nachricht: Ein Krankenhaus in der Türkei ist bereit, Vladimir für die Knochenmarktransplantation aufzunehmen und einen Spender auszuwählen, der zu ihm passt!

Zuvor beginnt Vladimir eine sechstägige Behandlung mit Chemotherapie im Krankenhaus Kharkov, dann hat er zwei Wochen Pause und im Anschluss einen weiteren letzten Block. Ende März oder Anfang April reisen Vladimir und seine Eltern in die Türkei. Normalerweise dauern die Vorbereitung auf eine Knochenmarktransplantation, die Operation selbst und die Erholungsphase mindestens sechs Monate - manchmal kann der ganze Prozess bis zu einem Jahr dauern.

Die Familie muss für die Operation und Behandlung selbst aufkommen. Darüber hinaus braucht sie eine Langzeitunterkunft im Ausland und all das bedeutet eine gewaltige finanzielle Belastung. Einen Teil davon haben die Eltern in der Ukraine bereits selbst gesammelt (Familie, Freunde, private Spenden, Facebook). Das wird nicht reichen. Die Familie braucht dringend unsere Hilfe!

Ein kurzes Video mit englischen Untertiteln gibt ein Gefühl dafür, wie es dem Jungen heute geht: https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=106891197931862&id=100058329467664

Ohne Unterstützung haben Vladimir und seine Eltern keine Chance, diese finanzielle Last zu tragen – wir hoffen, dass es mit vereinten Kräften gelingt – seien Sie / sei Du ein Teil davon!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985,
Kennwort „Tschernobykinder“

Aufruf zur Demo anlässlich des 35. Tschernobyl-Gedenktages: „Nie wieder Tschernobyl!“

Umweltgift Atomkraft — Atomkraft ist kein Klimaretter!“

Freitag, 23. 4. 2021, Treffpunkt um 14 Uhr **Christian Broda Platz** (gegenüber dem Café Westend)
Wir gehen über die Mariahilfer Straße bis zum Stock-im-Eisen-Platz/Stephansplatz, dort findet von ca. 15:30 bis 16:30 die Schlusskundgebung statt.

Wer mag, bringt einen großen schwarzen Müllsack mit und alte Zeitungen, mit denen dann der Müllsack gefüllt wird. Wir kleben noch ein Radioaktivitätszeichen darauf und tragen dann den „Atomüll“ zum Stephansplatz und türmen ihn dort auf.

Kommt alle, es ist wichtig, dass wir viele sind und wir immer wieder unsere Stimmen erheben.

Wir halten die Corona-Regeln ein (Abstand, Masken).

ACHTUNG: Eventuelle pandemiebedingte Änderungen bitte auf unserer Homepage nachsehen!

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Unsere E-Mail-Adresse:
atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Geschätzte Leserin, lieber Leser,

Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt; wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 15.- (vier Ausgaben) zu überweisen! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Besuchen Sie uns auf unseren Websites:

www.atomkraftfreiezukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

AKW-Stillegungen 2020

In Europa sind 2020 zwei Reaktorblöcke des französischen AKWs Fessenheim (je 880 MW Nettoleistung) und das schwedische AKW Ringhals I (881 MW) endgültig abgeschaltet worden. In Russland wurde Leningrad Block II (925 MW) stillgelegt.

Forderung nach Aus für AKW Krško

Nach dem starken Erdbeben (Magnitude 6,4) in Slowenien, das am 29. 12. 2020 sieben Todesopfer und 26 Verletzte forderte und über 1000 Häuser völlig zerstörte, wurden die Rufe nach einer Stilllegung des nur 100 km vom Epizentrum gelegenen slowenischen AKWs Krško wieder lauter. Das in den 1970er Jahren erbaute Atomkraftwerk steht in einem besonders erdbebengefährdeten Gebiet. Es ist bisher nur bei starken Beben automatisch heruntergefahren worden. Die Wiener Plattform Atomkraftfrei wie auch andere Umweltorganisationen weisen seit Jahren auf das hohe Risiko des veralteten AKWs durch den Standort auf einer Erdbebenlinie hin und fordern das Aus für Krško.

Die Planung für den Ausbau des AKWs Dukovany in Tschechien ist ins Stocken geraten,

weil die Dokumentation der Ausschreibung des Betreibers ČEZ viele Fragen offen lässt. Eine Entscheidung soll nach Aussage von Premierminister A. Babis erst nach den nächsten Wahlen im Herbst 2021 getroffen werden. Ein wesentlicher Kritikpunkt sind die staatlichen Förderungen für den AKW-Ausbau, die vorsehen, dass dem Betreiber sowohl zinsfreie Kredite als auch eine gesicherte Stromabnahme mit gewinnbringenden Einspeisetarifen für die nächsten 30 Jahre mit unbekanntem Auswirkung auf den tschechischen Staatshaushalt gewährt werden sollen. Für Verluste müsste also die Bevölkerung geradestehen, während der AKW-Betreiber ČEZ garantierte Gewinne einstreift. (Hinkley Point in GB lässt grüßen!) Soeben erreicht uns die Nachricht, dass die tschechische Atombehörde SUJB die Genehmigung zur Errichtung zweier neuer Reaktoren erteilt hat.

Erneuerbare Energien erstmals auf Platz eins in Europa

Im Jahr 2020 lagen in Europa bei der Stromerzeugung Solar- und Windenergie und die Verstromung von Biomasse erstmals klar vor Kohle und Gas. Erneuerbare Energien hatten in diesem Jahr einen Anteil von 38 % am europäischen Strommix, fossile Energieträger nur 37 %. Die Wind- und Solarstromerzeugung hat sich seit 2015 fast verdoppelt; die Kohleverstromung seit 2015 halbiert. Das zeigt eine englisch-deutsche Studie „The European Power Sector 2020“.



Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“

Atomkraft fürs Klima? – Eine fatale Scheinlösung!

Redaktion: Die Nachteile und die Gefahren der Atomkraft sind bekannt. Trotzdem mehren sich die Stimmen, die sagen, dass wir zumindest vorübergehend nicht darauf verzichten können, wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen. Klingt das nicht vernünftig?

Hanna: Das klingt weder vernünftig noch überzeugend! Atomkraft ist kein Klimarettter, das lässt sich ganz leicht belegen. Atomkraft ist nicht CO₂-neutral, wenn man die gesamte Brennstoffkette berücksichtigt, und das muss man, wenn man glaubwürdig argumentieren will. Atomkraft ist auch keine erneuerbare Energiequelle, denn Uranerz ist eine begrenzte Ressource. Atomkraft ist zu teuer! Die Erneuerbaren Energien sind längst günstiger. Atomkraft ist außerdem zu langsam. Der Bau eines AKWs dauert 20 Jahre, wir brauchen die Klimaschutzmaßnahmen jetzt! Und schließlich ist Atomkraft zu gefährlich. **Wir haben nichts gewonnen, wenn ganze Landstriche verstrahlt und unbewohnbar sind und Tausende Menschen durch Verstrahlung sterben müssen!**

Red.: Aber die neuen Mini-Reaktoren sind doch billiger und schneller gebaut, außerdem können sie Atom Müll wiederverwenden, wie man hört. Würde das die bekannten Probleme nicht lösen?

H.: Das ist reines Wunschdenken, sagen Experten, das funktioniert nicht. Selbst wenn die Versprechen realistisch wären, was sie nicht sind, würden Mini-Reaktoren mehr Probleme verursachen als lösen. Man denke nur an den Müll. Während Betreiber und Staaten noch immer nicht wissen, was sie damit tun sollen, würde er dann außerdem noch auf die Haushalte verteilt werden. Das wäre Wahnsinn, nicht Vernunft!

Red.: In Frankreich wurde jetzt die Laufzeit der ältesten Reaktoren von den ursprünglich geplanten 40 Jahren auf 50 Jahre verlängert. Wäre das eine Übergangslösung?

H.: Nein, natürlich nicht, denn wenn ein Kraftwerk auf 40 Jahre ausgelegt ist und man lässt es länger laufen, steigt das Unfallrisiko schon aufgrund der Versprödung des Materials. Die Vertragsstaatenkonferenz zur Espoo-Konvention hat festgelegt, dass daher für Laufzeitverlängerungen eine grenzüberschreitende UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) durchzuführen ist.

Red.: Wird es eine UVP für die französischen Reaktoren geben?

H.: Das wollen wir doch hoffen! Die österreichische Bundesregierung muss das vehement einfordern, sowohl für die französischen AKWs als auch für Krško in Slowenien und für alle anderen Laufzeitverlängerungen.